

**Friedensbewegung zum Jahreswechsel:
Krieg ist keine Lösung!**

Nicht für Afghanistan, Irak, Libyen, nicht für Syrien und Palästina. Wir verweigern uns dem Zwangsdenken von Kriegspropaganda, Kriegsdrohungen und Kriegen. Wir setzen auf Verhandlungen und Interessenausgleich. Für uns gelten das Völkerrecht und die Menschenrechte. Nicht aber gewaltsamer Regimewechsel und das „Recht“ des Stärkeren. Konfliktursachen müssen rechtzeitig erkannt und politisch beseitigt werden. Die Bundeswehr hat im Ausland nichts zu suchen. Neue Waffen beschleunigen den Sozialabbau. Rüstungsexporte bringen den Tod aus Deutschland. Bundeswehrein-sätze im Inneren beschädigen die Demokratie. Wir engagieren uns für Frieden, Abrüstung, Solidarität, Gerechtigkeit und das Recht auf demokratische Teilhabe.

**Unfall-
statistik
wird
ignoriert**

Nirgends ist die Unfall-
gefahr für Kinder im
Straßenverkehr so
groß wie in Schleswig-Hol-
stein. Das geht aus dem am
17.12.2012 veröffentlichten
„Kinderunfallatlas“ der Bundes-
anstalt für Straßenwesen (2010)
hervor. Auf 100.000 Kinder im
Alter unter 15 Jahren kamen
in Schleswig-Holstein 327, die
bei einem Unfall verletzt oder
getötet wurden. Im Bundesland
Hessen sind es im Vergleich
221 Kinder. Im Kreis Pinneberg
liegen die Unfallzahlen sogar
noch über dem SH-Landes-
durchschnitt. Dies berichtete
die „Barmstedter Zeitung“ am
18.12.2012 unter der Über-
schrift „Im Kreis leben Kinder
gefährlich“.

Damit alles so bleibt, wie es
ist, teilte die Kreisverwaltung
Mitte Dezember den Anwoh-
nern der Gärtnerstraße mit,
dass keine Fußgängerampel
an der Kreuzung Kleine/Große
Gärtnerstraße bewilligt wird.
Dass über 400 Anwohner die
Forderung nach einem sicheren
Schulweg mit ihrer Unterschrift
unterstützen, ist für die Behörde
völlig unerheblich. Die Messlatte
für eine Ampel – mindestens 50
Querungen bei 450 Fahrzeugen
pro Stunde – wird so hoch
gehalten, so dass die Verkehrs-
dichte aus Behördensicht in der
Gärtnerstraße für Maßnahmen
zur Schulwegsicherung nicht
ausreichen würde. Auch eine
Tempomessung, die im Mai
2012 durchgeführt wurde und
bei der ein Viertel der PKW und
LKW schneller als die erlaubten
50 Stundenkilometer fuhr,
spielt für die „Entscheidungs-
träger“ ebenfalls keine Rolle. Wer
hinter die Kulissen schaut, wird
feststellen, dass hier die Ein-
richtungskosten für eine Ampel
eingespart werden sollen. Die
Zahlen für Fahrzeugbewegun-
gen pro Stunde sind bewusst so
hoch angesetzt worden.

Auch wenn im ersten Anlauf
noch keine Ampel durchgesetzt
werden konnte, dadurch sollten
sich die betroffenen Anwohner
nicht entmutigen lassen und
sich weiterhin für ihre berech-
tigte Forderung einsetzen.

**Anliegerinitiative Meierei/Käsefabrik im Gespräch mit Behördenvertretern:
LKW-Lärm, Dieselruß, ... wie weiter?**

Zunehmende Belastungen
durch LKW-Verkehr und
Produktionslärm haben
die betroffenen Anwohner aus
den Wohngebieten rund um die
Meierei/Käsefabrik, die sich in
einer Anwohnerinitiative zusam-
mengeschlossen haben, zum An-
lass genommen sich mit Behör-
den- und Verwaltungsvertretern
an einen Tisch zu setzen, um Pro-
bleme zu diskutieren. Mit am Tisch
saßen Vertreter der Stadtverwal-
tung, der Bürgervorsteher, der
örtlichen Polizei und des Staatli-
chen Umweltamtes Itzehoe.

Im Mittelpunkt der Ausspra-
che stand der LKW-Verkehr, der
nach Angaben der Ingenieurge-
meinschaft Schubert, die 2009
ein Verkehrsgutachten für die
Stadt Barmstedt erstellt hat, mit
500 LKW-Bewegungen im Be-
reich der Mühlenstraße (Meierei/
Käsefabrik) ermittelt wurde.

Die Anwohner berichteten
von LKWs, die mit überhöhter
Geschwindigkeit von Lutzhorn
kommend die Meierei/Käsefa-
brik anfahren. Nachts gibt es in
der Mühlenstraße Probleme mit
parkenden LKWs, in denen die

Fahrer bei laufenden Standhei-
zungsmotoren übernachten. Hier
fordern die Anwohner Haltever-
botzonen für LKWs. Obwohl dies
in den Straßen um die Meierei
Schmalfeld möglich ist (s. Abb.),
verweigern bisher die Stadt- und
die Kreisverwaltung das Aufstel-
len dieser Schilder in der Mühlen-
straße.

Vor allem häufen sich Anzei-
gen der Anlieger bei der Polizei,
wenn auf der LKW-Waage, die
im Eingangsbereich der Meierei/
Käsefabrik ohne jegliche Lärm-
schutzmaßnahme erstellt wurde,
unnötig die LKW- und deren
Kühlkompressormotoren wäh-
rend des bis zu 30 Min. dauern-
den Abfertigungsvorgangs laufen
gelassen werden. Hierbei wurden
Lärmpegel bis über 80 Dezibel im
Wohngebiet an der Mühlenstra-
ße gemessen. Neben dieser ho-
hen Lärm-Immission wurde von
Seiten der Anlieger auch auf die
Luftverunreinigung durch Diesel-
Abgase hingewiesen. Außerdem
berichteten die Anwohner die
häufige Nichteinhaltung von Ab-
fertigungszeiten für Anliefer- und
Abholfahrzeugen. Zwischen 7.00



und 18.00 Uhr durften bisher But-
ter und andere Molkereiprodukte
abgeholt werden. Dies wurde
aber auf Druck der Meierei/Käse-
fabrik auf 6.00 – 22.00 Uhr aus-
geweitet und vom Umweltamt
Itzehoe genehmigt. Ab 22.00 Uhr
müssen die Meierei-Zufahrten
mit einer Absperrkette geschlos-
sen werden. Dies wird oft nicht
eingehalten. Immer wieder kön-
nen LKWs nach 22.00 Uhr auf das
Gelände fahren. Auch der Wasser-

verlust der LKWs auf der Straße
wurde angesprochen. Nachdem
die Milchwagen entladen wurden,
werden die Tanks ausgespült. Oft
verlassen die LKWs das Gelände
mit geöffneten Tankhähnen zur
nächsten Tour. Die Wasserspuren
sind nachhaltig zu sehen und be-
ginnen am Meiereigelände und
deren vorgelagertem Gehweg
und sind oft noch durch die ganze
Stadt, teilweise bis zur Pinneber-
ger Landstraße sichtbar. Im Win-

ter bei überfrierender Nässe ist es
vor allem auf dem Gehweg und
der Fahrbahn in der Mühlenstra-
ße lebensgefährlich glatt.

In den Nachtstunden, in de-
nen es mittlerweile auf Grund
der zu hohen Lärmwerte ein von
Max Bock (Anlieger) durchgesetz-
tes LKW-Fahrverbot gibt, wird die
Nachtruhe durch Produktionslärm
gestört. Auf den Dächern der
Meierei/Käsefabrik befinden sich
geräuscherzeugende Aggregate
und die Lüftungsluken werden oft
nach 22.00 Uhr nicht geschlossen.
Auch bei nächtlichen Lärmemes-
sungen wurden hierdurch ver-
ursachte „Brumm“-Geräusche
ausgemacht.

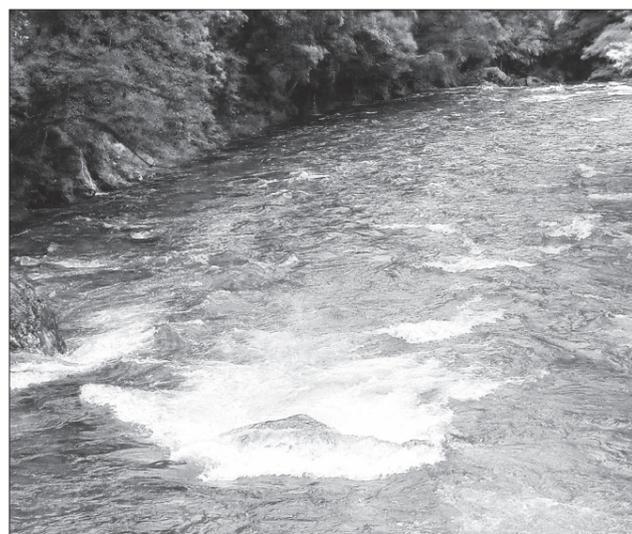
Positiv sehen die Anwohner
in diesem ersten Gespräch das
entgegenkommende Verhalten
der Polizei und der Ordnungsbe-
hörde. Der Vertreter des Umwelt-
amtes Itzehoe hat sich bei vielen
Problemen als „Verteidiger“ der
Meierei/Käsefabrik hervorgetan.
Alle sind jetzt gespannt, wel-
che Problemlösungen bei einem
nächsten Zusammentreffen von
Seiten der Behörden und Verwal-
tung vorgeschlagen werden.

BALL unterstützt Bürgerbegehren Sohlgleite:

Die Bevölkerung soll entscheiden

Einig war sich die Stadtver-
tretung darin, dass eine
Sohlgleite als Aufstiegs-
hilfe für bestimmte Fischarten
und Kleinlebewesen geschaffen
werden soll. Es erfolgte eine län-
gere Auseinandersetzung darü-
ber, welche Sohlgleitenvariante
gebaut werden soll. Vor allem
die FWB befürwortete eine lange
Sohlgleite mit zwei Teilabschnit-
ten von den Kleingärten an der
Krückau über den Lill'schen Hü-
gel am See. Diese Variante macht
den Kauf des Lill'schen Hügels für
1.2 Mio. Euro erforderlich – ein
um ein Vielfaches überhöhter
Preis für 6 ha Ackerland.

Demgegenüber gab es sehr
viel kostengünstigere kürzere Va-
rianten im Bereich des LKW-Wen-
deplatzes an der Wassermühle.
Beim groben Kostenvergleich
durch ein Planungsbüro ergab
sich, dass die lange Sohlgleiten-
variante unter Einbeziehung von
Folgekosten für die Stadt mindes-
tens ca. 1.6 Mio. Euro teurer sein



würde. Die FWB, der sich die SPD
letztlich anschloss, will den Bau
der teuren langen Sohlgleite fi-
nanzieren, indem die Stadt einen
erheblichen Teil des Lill'schen Hü-
gels als Bauland verkaufen will.

Die BALL-Fraktion hat sich
demgegenüber für die Weiter-
planung einer kurzen Sohlgleiten-
variante ausgesprochen, ebenso

wie – mit einer Ausnahme - die
CDU-Fraktion.

Die Argumente der BALL:

1) Die BALL-Fraktion ist gegen
die Bebauung des Seerandbe-
reichs, zumal wir befürchten,
dass angesichts der städtischen
Finanznot letztlich das Baugebiet
immer noch etwas größer wird.
Der Lill'sche Hügel ist mittelfris-

tig in seiner Gesamtheit ökolo-
gisch umzugestalten und für die
Allgemeinheit zu nutzen.

2) Die BALL-Fraktion ist auch
nicht bereit den völlig überhöhten
Bodenspekulationspreis für das
Lill'sche Ackerland zu zahlen.

3) Bei allen Planungen wurde
der Umweltfrevler der Meierei
stillschweigend akzeptiert, die
weiterhin die unglaubliche Ge-
nehmigung (von wem eigentlich,
warum und wie erlangt?) zur Ein-
leitung einiger Hunderttausend
Kubikmeter industrieller Abwäs-
ser in die Krückau hat – zur Freu-
de der Fischwelt.

Nachdem die Stadtvertretung
mit einer Stimmenmehrheit vor
allem von FWB und SPD den Bau
der langen und erheblich teuren
Sohlgleite über den Lill'schen
Hügel anstrebt, gibt es schnellen
Widerstand aus der Bevölkerung.
Eine Initiative hat inzwischen ein
Bürgerbegehren eingeleitet. Ziel
ist es, dass die Barmstedter Be-
völkerung in einem Bürgerent-

scheid die Entscheidung darüber
trifft, ob der Lill'sche Hügel zur
Finanzierung der langen und teu-
ren Sohlgleite bebaut wer-
den soll.

Im Text des Bürgerbegehrens
heißt es u. a. : „Die Unterzeich-
nenden beantragen, dass die fol-
gende Angelegenheit der Stadt-
vertretung zum Bürgerentscheid
gestellt wird: **Den Ankauf der
unmittelbar am Rantzauer
See gelegenen landwirt-
schaftlichen Fläche Lillscher
Hügel durch die Stadt, mit der
Absicht, dort ein neues Bau-
gebiet zur Finanzierung einer
Teillumleitung der Krückau zu
ermöglichen, lehne ich ab.**“

Es müssen ca. 750 Barmsted-
terinnen und Barmstedter mit
ihrer Unterschrift einen Bürge-
rentscheid zu obiger Frage for-
dern, einige Hundert haben dies
bereits getan. Die BALL unter-
stützt die Forderung nach einem
Bürgerentscheid: Die Barmsted-
ter Bevölkerung soll entscheiden,
was im Seebereich passiert. Wer
das Bürgerbegehren unterstüt-
zen will, kann entsprechende Un-
terschriftenlisten von der BALL-
Homepage runterladen. (s. oben)

Aus der Sicht eines Barmstedter Haushaltes:

Trinkwasserqualität

Wir alle brauchen Wasser, denn ohne Wasser gibt es kein Leben. Allerdings hängt viel von der Wasserqualität ab. Unser Trinkwasser wird jährlich von darauf spezialisierten, unabhängigen Instituten untersucht, unter anderem auf Rückstände aus der Landwirtschaft (z. B. Pestizide), Schwermetalle und Spurenelemente. Schließlich soll niemand, der ein Glas Leitungswasser trinkt, krank oder durch Geruch und Geschmack desselben abgestoßen werden. Die Stadtwerke Barmstedt stellen diesen jährlichen Bericht auf ihre Internetseiten, wo er von jedem interessierten Menschen heruntergeladen und angesehen werden kann. Eine sich verändernde Wasserqualität ist nicht nur lästig, sondern bringt auch echte Nachteile mit sich – und damit ist nicht allein die Gesundheit gemeint.

Beispiel Kalk: Es ist nicht nur ungesund, sondern schmeckt auch nicht gut, wenn auf dem Tee „Kalkschollen“ schwimmen. Die frisch gespülten Gläser haben nach dem Trocknen Schlieren, im Bad muß man mehr Kalkflecken wegputzen und der Verbrauch an Spül- und Waschmitteln steigt – allein schon, weil bei härterem Wasser mehr davon benutzt werden muss, um einen Reinigungseffekt zu erzielen. Ganz zu schweigen davon, dass Geräte wie

Kaffeemaschine oder Wasserkocher, aber auch Wasch- und Spülmaschinen schneller verschleiben bzw. aufwendig entkalkt werden müssen. Seit 2010 ist der Gehalt von Kalk im Barmstedter Trink-

wasser so deutlich angestiegen,

das auch in unserer Stadt nun jeder die aufgezählten Beeinträchtigungen bemerken kann, selbst wenn man keine Kenntnis der Analysen hat.

Doch die regelmäßigen Wasseruntersuchungen bestätigen die zunehmende, „gefühlte“ Beeinträchtigung mit Zahlen: 2003 lag die Wasserhärte noch bei 8,2 °dH, was nach der neuen Einteilung als „weich“ galt, 2007 war sie schon bei 8,5 °dH („mittel“) und seit 2010 sind es sogar 9,5 °dH. In drei Jahren ein Sprung von einem ganzen Härtegrad! Das kann man gleichfalls am Calciumgehalt sehen, der seit 2003 von 51 auf 61 mg/l gestiegen ist. Erkennbar gestiegen ist daneben nicht nur der Gehalt an Magnesium, welcher ebenfalls zur Berechnung der Wasserhärte herangezogen wird, sondern leider auch der Wert

für Nitrat. Woran liegt das? Aus dem meisten Niederschlagswasser an der Erdoberfläche wird irgendwann Grundwasser. Ist das Oberflächenwasser durch Rückstände

aus Industrie, Landwirtschaft oder Baumschulen belastet, werden auch diese Gifte früher oder später in die tieferen, wasserführenden Schichten gelangen. Das Grundwasser fließt dann durch verschiedene Erdschichten und löst auf seinem Weg Mineralien und Spurenelemente aus der Erde. Wenn nun irgendwo in der Tiefe aus einer Ader Wasser entnommen wird, dann strömt weiteres Grundwasser nach. Je mehr Wasser entnommen wird, desto schneller muss es nachfließen, um die Entnahmemenge zu ersetzen. Dadurch werden wieder mehr Stoffe ausgewaschen und im Wasser transportiert. Die Veränderung der hiesigen Wasserqualität ist ein sicheres Zeichen dafür, dass den unterirdischen Adern immer mehr Wasser entnommen wird. Dies wird hingegen kaum auf einen Zuwachs der Bevölke-

rung zurückzuführen sein, die seit 2006 von ca. 9.569 nur auf ca. 9.844 (2011) gestiegen ist.

Obwohl die aktuellen Werte noch im gesundheitlich unbedenklichen Rahmen liegen, müssen die Stadtwerke Barmstedt immer weiter auf erhöhte Entnahmemengen reagieren, um die gesetzlich vorgeschriebenen Werte gewährleisten zu können, ge-

genwärtig mit dem teuren Brunnenneubau am Steinmoorweg.

Laut Gutachten im Auftrag der Stadtwerke Barmstedt hat die Meierei einen erheblichen Einfluss auf die örtliche Wasserentnahme, sie erhöht seit Jahren kontinuierlich die Fördermengen an Wasser über den eigenen Brunnen auf inzwischen rund 300.000 m³ jährlich, und sie möchte diese noch weiter erhöhen, ohne dass die langfristige Ergiebigkeit und Nachhaltigkeit des Wasserleiters in ca. 100-Meter-Tiefe hinreichend überprüft wurde. Dies darf jedoch nicht auf Kosten der Bevölkerung geschehen, die ein Anrecht auf sauberes, qualitativ hochwertiges Wasser hat. Wasser ist ein Menschenrecht, und die Menschen müssen Vorrang vor der Industrie und kommerziellen Interessen haben!

Auszüge aus den Untersuchungen:

| | 2003 | 2007 | 6/2010 | 12/2010 | 2011 |
|-------------|------------|-----------|-----------|-----------|----------------|
| Gesamthärte | 8,2 | 8,46 | 8,4 | 9,5 | 9,5 |
| Calcium | 51 mg/l | 53,4 mg/l | 54,4 mg/l | 61 mg/l | 60/61 mg/l |
| Nitrit | 0,005 mg/l | 0,02 mg/l | 0,01 mg/l | 0,02 mg/l | 0,016 mg/l |
| Nitrat | <1 mg/l | 0,4 mg/l | 0,05 mg/l | 0,66 mg/l | 1,05/0,89 mg/l |

Stadtvertretung gegen Erdgassuche nach dem „Fracking-Verfahren“:

Große Gefahren für Grundwasser

Im November tauchten mehrere Pressemeldungen auf, dass ein kanadisches Unternehmen namens PRD Energy GmbH im Bereich zwischen Barmstedt, Kaltenkirchen und Neumünster nach Erdgas suchen will. Das Unternehmen habe nach Pressemeldungen beim zuständigen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Hannover einen entsprechenden Antrag auf Genehmigung von Voruntersuchungen gestellt. Es besteht die berechtigte Befürchtung, dass die Suche nach Schiefergas nach der „Fracking-Methode“ erfolgen soll, sofern die Voruntersuchungen er-



Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

folgreich sind: Dabei werden Tausende Liter aus Sand, Wasser und hochgiftigen Chemikalien in tiefere Gesteinsschichten gepresst, um diese aufzubrechen und das Gas entweichen zu lassen. Die hochgiftigen krebserregenden Chemikalien gelangen dabei ins Grundwasser. In den USA, wo das Fracking im großen Stil praktiziert wird, ist in bestimmten Gegenden das Grundwasser derart mit Chemikalien, Öl und Gas vergiftet, dass es entzündbar ist, wenn es aus dem Wasserhahn kommt.

Die BALL-Fraktion hat unmittelbar nach dem Auftauchen der Pressemeldungen eine Reihe von Anfragen an die Stadtverwaltung gestellt. Die BALL wollte wissen, wie der Stand des Antragsverfahrens ist und welche

Widerstandsmöglichkeiten es gibt. „Nördlich von Barmstedt ist das Trinkwassereinzugsgebiet für unsere Stadt, u. a. liegt dort das ausgewiesene Wasserschutzgebiet. Es kann nicht sein, dass neben der inzwischen in höheren Schichten starken Belastung des Grundwassers durch Industrie, Baumschulen und Landwirtschaft jetzt auch noch das Grundwasser in tieferen Schichten gefährdet und vergiftet wird. Den Profitinteressen von PRD Energy darf nicht die Qualität des Grundwassers geopfert werden“, erklärte BALL-Fraktionssprecher Dr. Günter Thiel in der Dezembersitzung der Stadtvertretung, auf der die Verwaltung noch keine näheren Antworten geben konnte. Inzwischen läuft aus verschiedenen

Richtungen der Widerstand gegen die Genehmigung von Probebohrungen an: Der Umweltausschuss des Kreises Segenberg, die Kreisverwaltung Segeberg, die SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann, CDU und Grüne im Kreistag haben sich in unterschiedlicher Schärfe gegen Fracking ausgesprochen, ebenfalls die Umweltministerkonferenz auf ihrer Tagung im November in Kiel. Die BALL-Fraktion brachte kurzfristig in die Stadtvertretung im Dezember eine Entschliessung ein, mit der die Barmstedter Stadtvertretung sich deutlich gegen die Genehmigung von Voruntersuchungen und natürlich von Fracking ausspricht.

Die von allen Fraktionen beschlossene Resolution lautet: „Die Stadtvertretung der Stadt Barmstedt spricht sich entschieden gegen die Zulassung des heftig umstrittenen „frackings“ unter Verwendung umwelttoxischer Chemikalien in unserer unmittelbaren Nachbarschaft aus. Die Gefahren für die Vergiftung des Grundwassers sind zu groß. Dem entsprechend erwarten wir, dass auch keine Voruntersuchungen genehmigt werden.“

Die BALL wird die brisante Problematik weiter verfolgen.

Auf dem Weg in den nächsten Krieg

Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung, so aktuelle Umfrageergebnisse, die Beteiligung deutscher Soldaten bei Kampfinsätzen an der syrischen Grenze ablehnt, hat der Bundestag die Entsendung von Patriot-Raketen und AWACS-Radar-Flugzeugen samt 400 Soldaten an die syrische Grenze mit Stimmen von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen zugestimmt. Nur die Linksfraktion stimmte zusammen mit 12 SPD-Abgeordneten geschlossen dagegen, 8 weitere Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Die Raketen sollen ca. 100 Kilometer von der syrischen Grenze entfernt in der Türkei stationiert werden. Der Einsatz ist zunächst für ein Jahr beschlossen worden. Spekuliert wird sogar darüber, dass die Patriots länger in der



Türkei bleiben, um in einem möglichen Krieg gegen den Iran eingesetzt werden zu können.

Der deutschen Bevölkerung wird das Märchen aufgetischt, die Raketenstationierung sei dazu da, um Syrien, das sich in einem Bürgerkrieg befindet, von einem Angriff auf den NATO-Partner Türkei abzuschrecken. Syrien erklärt jedoch die Türkei nicht angreifen zu wollen. Warum sollte es auch? Der größte Militärpakt der Welt - die NATO - würde jeglichen Angriff zum willkommenen Anlass nehmen, endlich dem syrischen Regime militärisch den Garaus zu machen.

Die Entsendung deutscher Soldaten wurde zu einem Zeitpunkt beschlossen, da laut UNO noch die Chance für eine Regelung im syrischen Bürgerkrieg auf Verhandlungsebene besteht. Voraussetzung wäre, dass sich alle Konfliktparteien an den Verhandlungstisch begeben. Dies wird aber nach wie vor von den „Rebellen“ abgelehnt. Sie hoffen auf einen militärischen Sieg und nehmen steigende Opferzahlen bei der Bevölkerung in Kauf.

Die Entwicklung nimmt aber auch für den Westen bedenkliche Züge an. Abgesehen davon, dass eine (militärische) Entscheidung über den Sieg im Bürgerkrieg nach wie vor nicht in Sicht ist, nimmt der Unmut über das Vorgehen der überwiegend ultra-islamistischen Aufständischen inzwischen auch in denjenigen Teilen der syrischen Bevölkerung zu, die die Rebellion gegen das Assad-Regime ursprünglich mitgetragen hatten. Sprengstoffanschläge und ähnliche Aktionen, die der Zivilbe-

völkerung schweren Schaden zufügten, sinnlose Zerstörungswut und kaltblütige Morde kosteten den „Rebellen“ mittlerweile immer mehr Sympathie. Viele Syrer halten die Aufständischen inzwischen für ebenso verkommen wie das Regime, das sie bekämpfen. Die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte in London vertritt mittlerweile die Meinung, dass viele Anschläge auf das Konto der „Rebellen“ gehen.

Hinzu kommt das immer mehr antiwestlich-islamistische Kräfte, die Verbindung zu Netzwerken wie Al Qaida unterhalten und von Saudi-Arabien und Katar mit Waffen und Sprengstoff beliefert werden, an Einfluss gewinnen und die Waffen zukünftig auch gegen westliche Armeen nicht nur in Syrien zum Einsatz

bringen könnten. Angesichts des Desasters, in das die vom Westen unterstützte Aufrüstung der „Rebellen“ inzwischen geführt hat, ist in der NATO ein Streit entbrannt. Während Frankreich anlässlich der NATO-Tagung im Dezember erklärt hat, dass es einen NATO-Einsatz zur Zeit noch skeptisch sieht und vorerst eine weitere Aufrüstung der Aufständischen favorisiert, sprechen sich die USA und Großbritannien laut Berichten dafür aus, militärische Schritte vorzubereiten, um die mit dem Westen zusammenarbeitenden Rebellen zu unterstützen und gleichzeitig den Einfluss der ultra-islamistischen Kräfte zurückzudrängen. Medienberichten zufolge bestehen bereits detaillierte NATO-Eingreifpläne. Der deutsche Außenminister hat sich erobert darüber gezeigt, dass die Kriegsdebatte noch vor der Entscheidung über die Entsendung der Raketen an die Öffentlichkeit geraten sei. Wie es heißt, sehen die NATO-Eingreifpläne zusätzlich zur militärischen Ausbildung aufständischer Milizen auch Luftschläge mit Raketen und Flugzeugen sowie Unterstützung durch NATO-Marineeinheiten vor – alles ohne Zustimmung des UNO-Sicherheitsrats. Auch die Stationierung der Patriot-Raketen findet den Berichten zufolge in den Interventionsplänen Erwähnung: Die Behauptung, es gehe darum, türkisches Hoheitsgebiet gegen syrische Raketenangriffe zu verteidigen, sei „in Wirklichkeit“ nichts anderes als „Tarnung für die Intervention“. (www.independent.co.uk 11.12.2012)